

**66. Infektionsschutzrechtliche Allgemeinverfügung des Landkreises
Osnabrück über die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen für
Teilnehmende bei Versammlungen i.S.v. Art. 8 GG**

Der Landkreis Osnabrück erlässt gem. § 8 Abs. 1 Niedersächsisches Versammlungsgesetz (NVersG) vom 7. Oktober 2010, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) in Verbindung mit § 7 c Niedersächsische Verordnung über infektionspräventive Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 und dessen Varianten in der jeweils geltenden Fassung (Nds. Corona-VO) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG) und § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) folgende Allgemeinverfügung für die Gebiete der Samtgemeinden Fürstenau und Neuenkirchen, der Städte Bad Iburg und Dissen a.T.W., der Gemeinden Bad Rothenfelde, Bad Laer, Belm, Bissendorf, Bohmte, Bad Essen, Glandorf, Hagen a.T.W., Hasbergen, Hilter a.T.W. und Ostercappeln:

- 1. Die Regelungen aus den Ziffern 1 und 2 der 65. Infektionsschutzrechtlichen Allgemeinverfügung des Landkreises Osnabrück werden bis zum Ablauf des 05.02.2022 verlängert.**
- 2. Diese Allgemeinverfügung tritt am 15.01.2022 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 05.02.2022 außer Kraft.**

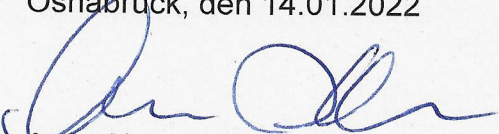
Begründung:

Die in der Begründung zur 65. Infektionsschutzrechtlichen Allgemeinverfügung genannten Umstände liegen weiterhin vor, so dass eine Verlängerung des Inhalts dieser Allgemeinverfügung erforderlich wird.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück, erhoben werden.

Osnabrück, den 14.01.2022



Anna Kebschull
(Landrätin)